

**Antrag 92/II/2023****Abt. 04/98 Wilmersdorf-Nord****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Keine Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung!**

1 Wir fordern die Berliner Mitglieder der SPD-Fraktion im  
2 Deutschen Bundestag auf, sich dafür einzusetzen, dass die  
3 avisierten Kürzungen im Etat der Bundeszentrale für poli-  
4 tische Bildung im Zuge der Haushaltsberatungen zurück  
5 genommen werden.

6  
7 Die geplanten Kürzungen sind nicht nachvollziehbar und  
8 daher abzulehnen.

9

**10 Begründung**

11 Das Bundesinnenministerium plant eine Kürzung des  
12 Etats der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) von  
13 jetzt rund 96 Mio. auf etwa 76 Mio. € im Jahr (ab) 2024.  
14 Das wäre ein Kürzung um mehr als ein Fünftel.

15

16 Zahlreiche Projekte der Demokratieförderung, die durch  
17 die bpb kofinanziert werden, könnten gefährdet sein. Da-  
18 bei ist zu erwarten, dass die Einschnitte vor allem den Be-  
19 reich der Programmmittel treffen werden (etwa Bildungs-  
20 fahrten, Seminare), weil Kürzungen hier am leichtesten  
21 umzusetzen sind.

22

23 Wir fordern, dass die Bundesregierung ihr Kürzungsvorha-  
24 ben noch einmal überdenkt und sich auf den Koalitions-  
25 vertrag besinnt. Dort hält die Ampel-Koalition fest: "Po-  
26 litische Bildung und Demokratieförderung sind mehr ge-  
27 fordert denn je, denn auch in Deutschland steht die plu-  
28 ralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck. [...] Wir  
29 wollen die Projektmittel der Bundeszentrale für politische  
30 Bildung *erhöhen*".

31

32 Die in weiten Teilen rechtsextreme AfD steigt in den Um-  
33 fragen und könnte in mehreren ostdeutschen Bundeslän-  
34 dern stärkste Kraft bei Landtagswahlen werden: In ande-  
35 ren europäischen Staaten regieren radikal rechte Parteien  
36 mit. Dagegen fördert die bpb das politische und demokra-  
37 tische Bewusstsein in der Bevölkerung.

38

39 Unsere Demokratie ist ein hohes Gut, die wir täglich ge-  
40 gen jene schützen müssen, die sie abschaffen wollen!